

Oberfrankens neuer Bezirkstagspräsident Henry Schramm (CSU) zieht eine Bilanz seines ersten Amtsjahrs

„Bin in die Politik gegangen, um Menschen zu helfen“

Seit etwas mehr als einem Jahr ist Henry Schramm (CSU) Bezirkstagspräsident von Oberfranken. Seither hat sich viel bewegt im Bezirk. Eines seiner Herzensanliegen ist es, die Kliniken des Bezirks auf Vordermann zu bringen. Das umfassende Investitionsprogramm wurde im Bezirkstag einstimmig verabschiedet.

BSZ Herr Schramm, Ihr erstes Jahr als oberfränkischer Bezirkstagspräsident liegt hinter Ihnen. Wie fällt Ihr Fazit aus?

HENRY SCHRAMM Es war ein anstrengendes, aber auch sehr schönes erstes Jahr in meiner neuen Funktion. In viele Themen musste ich mich erst einarbeiten, habe viel mit Menschen gesprochen. Ich erinnere mich gerne an die Begegnungen am Tag der Franken zurück, den wir 30 Jahre nach dem Mauerfall in Sonneberg und Neustadt bei Coburg veranstaltet haben, oder an unsere Veranstaltungen zum Fischartenschutz und zur Brauchtumpflege.



Henry Schramm (59) ist seit 2006 auch OB von Kulmbach.

FOTO: PORSCH

BSZ Was hat Sie am meisten Bewegt?

SCHRAMM Die Besuche in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Es war schön zu erleben, wie fürsorglich sich dort gerade um eingeschränkte Kinder gekümmert wird. Keine einfache Aufgabe für die Betreuungskräfte, denen ich ganz herzlich für ihre segensreiche Arbeit danke! Viel wurde auf den Weg gebracht, dafür bin ich sehr dankbar. Wenn man sieht, dass sich die Anstrengungen lohnen und etwas vorwärtsght, dann gibt das im Rückblick schon ein sehr gutes Gefühl und Kraft für Neues.

BSZ Ein zentraler Punkt war im vergangenen Jahr die Verabschiedung des 500-Millionen-Euro schweren Investitionsprogramms für die Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken (GeBO) – eine Mammutaufgabe?

SCHRAMM Dieses Investitionspro-

gramm wird sicherlich meine Amtszeit prägen. Die Situation für unsere Patienten aber auch für unsere Mitarbeiter in den Bezirkskliniken muss sich weiter verbessern. Ich bin in die Politik gegangen, um Menschen zu helfen. Mit den nun vorgesehenen 40 Baumaßnahmen werden wir in den kommenden zwölf Jahren die Therapiemöglichkeiten und auch die Arbeitsbedingungen positiv verändern. Dies wird unsere Verwaltung und die Verwaltung der GeBO fordern. Aber wir tun dies für die uns anvertrauten Menschen, mit denen es das Leben oftmals nicht so gut gemeint hat oder die sich in akuten Krisensituationen befinden. Und gerade deshalb lohnt sich der Aufwand in meinen Augen doppelt.

BSZ Das war ja auch ein weiterer Beschluss, der im Bezirkstag einstimmig getroffen wurde. Wie beschreiben Sie die Zusammenarbeit im neu zusammengesetzten Gremium?

SCHRAMM Die Zusammenarbeit ist fraktionsübergreifend von einem großen Vertrauen geprägt. Es geht uns um die Sache und um unsere Kernaufgaben, vor allem im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen. Die politischen Schaukämpfe werden Gott sei Dank woanders geführt. Das merkt man an dem einstimmigen Beschluss zum Investitionsprogramm ebenso wie bei den beiden einstimmigen Beschlüssen zu den Haushalten 2019 und 2020. Aber auch Themen wie die Einführung des psychiatrischen Krisendienstes in Oberfranken oder die Erweiterung unserer Bezirksverwaltung werden von allen Bezirksrätinnen und Bezirksräten mitgetragen. Dafür bin ich den Kolleginnen und Kollegen dankbar. Man kann viel erreichen, wenn man die Herausforderungen gemeinsam angeht.

BSZ Der unlängst verabschiedete Haushalt ist erneut ohne eine Anhebung der Bezirksumlage ausgekommen. Der Hebesatz ist erneut der niedrigste aller Bezirke in Bayern.

Bezirkshaushalt von Unterfranken vor Milliardengrenze

Nach dem Bezirksausschuss hat nun auch der Bezirkstag von Unterfranken den Haushalt für das neue Jahr einstimmig beschlossen. Mit einem Gesamtvolumen von 858,9 Millionen Euro bewege sich der Bezirksetat „mit Riesen-Schritten auf die Milliarden-Marke zu“, betonte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel bei der Vorstellung. Aufgrund des Bundesteilhabe-Gesetzes und des Angehörigenlastungs-Gesetzes sowie einiger anderer sozialer Verbesserungen weist der Etat-Entwurf eine Finanzierungslücke von rund dreißig Millionen auf, die durch die Anhebung der Bezirksumlage um 1,5 Prozentpunkte auf dann 19,3 Punkte geschlossen werden muss.

Einhellig lobten in der anschließenden Haushaltsdebatte Vertreter aller Fraktionen die Arbeit von Kämmerer Andreas Polst und seinem Team, die den rund 1500 Seiten dicken Haushaltplan zusammengestellt hatten, sowie Jürgen Oswald, den Geschäftsleiter der Krankenhäuser und Heime, der mit seinem Referat für die mehr als 1000 Seiten umfassenden Wirtschaftspläne der Krankenhäuser und Heime verantwortlich war.

89,6 Prozent des Haushalts fallen auf den Sozial-Etat – Geld, das den unterfränkischen Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar zugutekommt. Nur knapp 41 Prozent davon sind durch entsprechende Einnahmen gedeckt. > M.M.

Bezirk Niederbayern gliedert einen Teil der Sozialverwaltung aus

Vorreiter bei der Dezentralisierung

Der angespannte Arbeitsmarkt bei Verwaltungsfachkräften, die schwierige Verkehrssituation – wer im Raum Landshut für die Zukunft gerüstet sein möchte, muss im Wettbewerb um gute Mitarbeiter neue Wege gehen. Der Bezirk Niederbayern tut dies mit der Dezentralisierung eines Teils der Sozialverwaltung.

Bei seiner Sitzung in Straubing hat der Bezirksausschuss unlängst die Weichen dafür gestellt. Die Idee für das Projekt beruht auf einem Antrag der CSU-Fraktion. Die Planung sieht folgendermaßen aus: In einem ersten Schritt sollen binnen der nächsten 24 Monate mindestens zehn Personalstellen in eine Kommune im „Raum mit besonderem Handlungsbedarf“ (nach dem Landesentwicklungsplan) ausgelagert werden. „Wir sprechen von 15 Personen und zehn Planstellen“, erläutert Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich (CSU).

Neue Aufgaben durch das Bundesteilhabegesetz

Der Hintergrund: Die Mitarbeiterzahl der Sozialverwaltung wächst ständig und soll mit Blick auf neue Aufgaben (vor allem die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes) sowie steigende Fallzahlen weiter zunehmen. Allein 2020 sucht der Bezirk 34 Vollzeit-Mitarbeiter in der Sozialverwaltung.

Allerdings wird es immer schwieriger, im Raum Landshut geeignetes Personal zu finden. Immer wieder kommt es auch vor, dass der Bezirk bewährte Mitarbeiter an umliegende Kommunen verliert. Bezirkstagspräsident Heinrich dazu: „Eine Dezentralisierung von unabhängig arbeitenden Teilen der Sozialverwaltung eröffnet uns die Möglichkeit, Fachkräfte im Um-



Olaf Heinrich ist seit 2014 Bezirkstagspräsident von Niederbayern.

FOTO: KASCHNER

feld des neuen Behördenstandorts zu akquirieren und diesen neue berufliche Chancen in Wohnortnähe zu eröffnen.“

Analog zur erfolgreichen Dezentralisierungsstrategie des Freistaats wolle auch der Bezirk Niederbayern dazu beitragen, dass die immer noch erheblichen wirtschaftlichen Ungleichgewichte im Regierungsbezirk durch die Verlagerung qualifizierter Arbeitsplätze abgemildert werden.

Mit der geplanten Dezentralisierung sei Niederbayern auch ein Vorreiter unter den bayerischen Bezirken. Maria Schmidtke, die Leiterin des Referats Personal und

Organisation bei der Bezirksverwaltung, begrüßt die Initiative: „In der Behördenstadt Landshut wird der Wettbewerb um qualifiziertes Personal immer härter. Die Auslagerung eines Teils der Sozialverwaltung kann die Situation entspannen.“

Verwaltung erarbeitet einen Kriterienkatalog

Von der Verwaltung wurde ein Kriterienkatalog erarbeitet, der an die Kommunen, die im „Raum mit besonderem Handlungsbedarf“ nach dem Landesentwicklungsprogramm des Freistaats Bayern beheimatet sind, versendet werden soll und der die Grundlage für die Auswahlentscheidung ist. Die Kommune, in der neue Arbeitsplätze geschaffen werden, soll maximal 120 Kilometer von Landshut entfernt sein und rund 3000 Einwohner haben. „Alle Kommunen, die infrage kommen, wurden noch vor Weihnachten vom Bezirk angeschrieben und um konkrete Vorschläge für die Unterbringung der Außenstelle der Sozialverwaltung gebeten“, so Irmgard Kaltenstadler, Leiterin der Sozialverwaltung des Bezirks Niederbayern. Die endgültige Entscheidung wird der Bezirksausschuss in seiner Sitzung am 31. März 2020 treffen. > CHRISTINE HOCHREITER



Ein zentraler Punkt war im vergangenen Jahr die Verabschiedung des 500-Millionen-Euro schweren Investitionsprogramms für die Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken.

FOTO: GEB0

Wird das auf Dauer so bleiben können?

SCHRAMM Keiner kann die Zukunft vorhersagen. Wir sind als Bezirke in erster Linie für die Schwächeren und Schwächsten in unserer Gesellschaft zuständig: Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige Menschen, Kinder und Jugendliche mit Handicap. Wir haben eine Verantwortung gegenüber diesen Menschen, der wir gerne nachkommen. Wir sind aber auch verpflichtet, dafür die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Wir wollen uns aber auch etwas Kultur leisten und weiterhin verlässlicher Partner an der Seite unserer Landwirtschaft und Fischerei sein.

BSZ Wie werden sich die Sozialaufgaben entwickeln? Welche Rolle spielt der demografische Wandel?

Und wie werden sich die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen auswirken?

SCHRAMM Das sind die Parameter, die entscheiden, ob sich die Bezirksumlage verändern wird. Auch die Konjunktur wird nicht ewig so gut bleiben. Daher werden wir uns mit Blick auf die Baumaßnahmen in unseren Kliniken über kurz oder lang auch über eine Anhebung des Hebesatzes Gedanken machen müssen. Und auch unsere schwarze Null beim Bezirk Oberfranken ist für mich keine Heilige Kuh. Fakt ist: Der Mensch steht im Mittelpunkt. Dafür bin ich als Bezirkstagspräsident verantwortlich und ich werde alles tun, dass immer ausreichend Mittel zur Verfügung stehen!

BSZ Worin sehen Sie die Hauptaufgabe in den kommenden Monaten

und Jahren?

SCHRAMM Mit unserem Haushalt haben wir die Richtschnur für das Jahr 2020 bereits gelegt. Neben der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, den Änderungen durch das Angehörigen-Entlastungsgesetz und den Planungen für die Kliniken sorgen wir mit anderen Partnern auf vielfältige Weise dafür, dass unsere oberfränkische Heimat lebens- und lebenswert bleibt. Hier gilt es, unsere Internationale Musikbegegnungsstätte Haus Marteau fertigzustellen und die tollen kulturellen Einrichtungen Oberfrankens im Rahmen unserer Möglichkeiten zu fördern.

BSZ Wie steht es bei der Ausbildung von eigenen Fachkräften?

SCHRAMM Hier haben wir die Zahl unserer Anwärterinnen und Anwärter fast verdoppelt. Es ist in meinen

Augen wichtig, rechtzeitig die richtigen Weichen gegen den drohenden Fachkräftemangel zu stellen. Die unter anderem dafür notwendige Erweiterung unserer Verwaltung wird in diesem Jahr bezugsfertig sein.

BSZ Herr Schramm, was wünschen Sie sich für das neue Jahr 2020?

SCHRAMM Wir haben das Glück, dass wir in Deutschland in Frieden und Freiheit leben können, vor großen Naturkatastrophen verschont geblieben sind sowie über sauberes Trinkwasser und eine gute medizinische Versorgung verfügen. Kurzum, es geht vielen von uns gut. Diejenigen, die Hilfe brauchen, werden durch unseren Sozialstaat unterstützt. Wenn dies auch 2020 so anhalten würde, wäre ich glücklich.

Interview: CHRISTIAN PORSCH

Für mehr Klimaschutz am Arbeitsplatz

Bezirk Oberbayern will bis 2030 CO₂-neutrale Verwaltung

Der Bezirk Oberbayern setzt ein Zeichen für Klimaschutz: Bis zum Jahr 2030 soll gemeinsam mit den Beschäftigten erreicht werden, dass die Bezirksverwaltung ohne CO₂-Ausstoß auskommt. Dies hat der Bezirkstag von Oberbayern in seiner Plenarsitzung mit acht Gegenstimmen beschlossen.

Das Ziel der CO₂-neutralen Verwaltung ist im Strategieprojekt Bezirk 2030+ vorgegeben. Darin ist der Auftrag formuliert, die bereits eingeschlagenen Wege zum Klimaschutz konsequent auszubauen und umzusetzen. Des Weiteren hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, die CO₂-Emission der Bezirksverwaltung bis 2030 weiter zu reduzieren beziehungsweise zu kompensieren.

Emissionen wurden bereits um 60 Prozent reduziert

Im Rahmen des Umweltmanagementsystems EMAS und den damit verbundenen Verbesserungsprozessen wurden die CO₂-Emissionen der Bezirksverwaltung bereits um circa 60 Prozent reduziert – von rund 550 Tonnen im Jahr 2014 auf derzeit 218 Tonnen pro Jahr. „Mit dem Beschluss zur CO₂-neutralen Verwaltung leisten wir einen wich-

tigen Beitrag zum Klimaschutz“, sagte Bezirkstagspräsident Josef Mederer (CSU). „Unseren Stromverbrauch haben wir bereits zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umgestellt. Hier sind wir bereits CO₂-neutral. Das wollen wir auch in anderen Bereichen erreichen. Deshalb haben wir in unserem Fuhrpark bereits mehrere E-Fahrzeuge und schaffen derzeit zusätzliche Lademöglichkeiten in der Verwaltung und unseren Einrichtungen.“

Zum Klimaschutz trägt auch der Fahrtkostenzuschuss bei, den wir heute ebenfalls beschlossen haben. Wir motivieren damit noch mehr Beschäftigte, öffentlich zur Arbeit zu kommen“, erläuterte der Bezirkstagspräsident

Gelingen soll der klimafreundliche Umbau der Verwaltung mithilfe von Schulungen und Workshops zum Thema Umweltschutz. Auch das EMAS-System, mit dessen Hilfe das bisher Erreichte evaluiert wird, soll weiter ausgebaut werden.

Wichtige Meilensteine für die Verwaltung ohne CO₂-Ausstoß wird auch die Arbeitsgruppe „Ökologie und Nachhaltigkeit“ des Bezirkstags vorgeben. Sie beschäftigt sich mit aktuellen Entwicklungen zum Klima- und Umweltschutz und prüft deren praktische Umsetzung.

> CONSTANCE MAUERMAYER